Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 1

Artikel: Rationalisierung im Sozialismus
Autor: Otto, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329939

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

von Getreidezurückhaltungen. Beibehalten wird von den seinerzeitigen Sondermaßnahmen nur die energische Bekämpfung der heimlichen Schnapsbrennerei.

Es dürfte verfrüht sein, den augenblicklichen Kurs der Bauernpolitik für eine prinzipielle Schwenkung an sich zu nehmen. Es gehört zur Politik des regierenden Bolschewismus, sich je nach der Situation einzurichten, was ja in hohem Maße die Wirtschaftsunsicherheit, wenn man hier von andern Dingen absehen will, mit herbeigeführt hat. Jedenfalls ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die der Sowjetstaat durchmacht, eine der schwersten seit Jahren. Rykow hat mit seiner Rede über die Wirtschaftsschwierigkeiten nichts Neues gesagt: aus den Getreidekäufen und der Goldausfuhr spricht genügend deutlich, was die Glocke geschlagen hat, wenn man so sagen darf. Rykows Rede sollte nur die innere Situation klären, nichts weiter. Und die Tagung des Zentralkomitees der Partei legalisierte nur, hatte nur die Aufgabe, irgendwelcher Panikstimmung vorzubeugen. So war die außerordentliche Bedeutung dieser Tagung gegenüber den Beratungen der Kommunistischen Internationale von selbst gegeben.

Rationalisierung im Sozialismus.

Von Dr. *Hans Otto.*

Anläßlich einer Polemik über die wirtschaftspolitischen Methoden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* hat Frau Dr. El. G. in der «Neuen Zürcher Zeitung» versucht, unseren Nachweis, daß Kapitalismus Arbeitslosigkeit bedeute, durch die Parade abzuschwächen: «Sozialismus heiße nicht Krisenlosigkeit.» Dabei stellt Frau Dr. G. an uns einige Fragen über die Rationalisierung im Sozialismus, welche als charakteristisches Beispiel privatkapitalistischer Denkweise hier wiedergegeben werden sollen:

«Also rationalisieren wollen sie alle beide, die Sozialdemokratie wie der Kommunismus, in ihrem Zukunftsstaat. Aber wie? Mein Kritiker H. O. wird mir erlauben müssen, diese Frage zu stellen, gerade weil durch ihre Beantwortunng implicite alle Vorwürfe gegen die spezifisch «kapitalistische» Rationalisierung, berechtigte wie unberechtigte (und letztere sind bei H. O. entschieden in der Mehrzahl), sich von selbst erledigen. Wir wollen konkret fragen: Im sozialistischen Zukunftsstaat erfindet der Ingenieur X. ein Verfahren, dank dem die Herstellung eines höchst wichtigen Massenproduktes mit einer 50 prozentigen Ersparnis an Arbeitskräften erfolgen könnte. Pflichtgemäß meldet er seine Erfindung beim obersten Industrierat an und dieser dekretiert (denn er will ja rationalisieren) die sofortige oder etappenweise Aufnahme des Verfahrens in allen Staatsfabriken, die das betreffende

* «N. Z. Z.» Nrn. 1151 und 1154; «Volksrecht» Nrn. 182/183; «N. Z. Z.» Nr. 1488.

Massenprodukt herstellen und, nehmen wir an, 40,000 Arbeiter beschäftigen. Was geschieht nun mit den überflüssig gewordenen 20,000 Arbeitern? Werden sie entlassen, umgeschult, umgesiedelt, staatlich unterstützt? Die Arbeit nur durch Arbeitszeitverkürzung «zu strecken», verbietet sich von selbst, denn die Kollegen aus den andern minder glücklichen Staatsbetrieben würden sich wohl bedanken, wenn gerade eine einzelne Arbeitergruppe dank dem Zufall einer fremden Erfindung nur die halbe Arbeitszeit absitzen müßte als sie selber. Um möglichst alle 40,000 Arbeiter an der alten Stelle behalten zu können, gibt es also nur ein Mittel, das gleiche, das auch die «kapitalistische» Rationalisierung kennt, nämlich: den Preis des Produktes so stark herabzusetzen, daß der Konsum entsprechend steigt und eine erhöhte Produktion ermöglicht. Und wenn auch diese Erwartung fehlschlägt (denn auch der sozialistische Staat wird den Konsumenten nicht beliebig hin und her dirigieren können), so findet sich die «sozialistische» Rationalisierung genau vor der gleichen — Umstellungskrise wie die verruchte kapitalistische Rationalisierung. Oder ein anderer Fall: Ein neuer, billiger, synthetischer Brennstoff ist imstande, die Kohle völlig zu ersetzen. Der sozialistische Wirtschaftsstaat ist glücklicher Kohlengrubenbesitzer. Natürlich hat er deshalb für den neuen Brennstoff wenig Sympathie. Aber die «Rationalisierungspflicht» ruft, die andern Industrien, die Millionen Konsumenten rechnen aus, wieviel mehr und billiger sie mit dem neuen Brennstoff produzieren könnten. Schließlich wird also die Genehmigung für die neue Produktion erteilt (denn man will ja rationalisieren...). Und was geschieht mit den Arbeitern der verdrängten Staatskohlengruben? Hat ihr Schicksal nicht verzweifelte Aehnlichkeit mit jenem der Bergarbeiter aus der bösen kapitalistischen Aera? Gibt es, um ihre Notlage zu mildern, andere Mittel als jene, die auch das kapitalistische System anwenden kann (und soll): Unterstützung aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, Umschulung, Versetzung an günstigere Arbeitszentren?»

Man beachte u. a. die ansprechende Ausdrucksweise, welche die Arbeit des Arbeiters als ein Absitzenmüssen der Arbeitszeit charakterisiert. Kapitalistisches Herrentum spricht aus dieser Ausdrucksweise.

Nicht minder kennzeichnend ist der sachliche Inhalt der Ausführungen von Frau Dr. G. Wir sehen ganz davon ab, daß es merkwürdige Zufälle sind, welche Herrn X. eine Erfindung mit 50prozentiger Ersparnis an Arbeitskräften machen lassen. Ebenso läßt die Hypothese der Erfindung eines «neuen, billigen, synthetischen Brennstoffes» als Ersatz der Kohle die technologischen Kenntnisse unserer Wirtschaftstheoretikerin in eigentümlich schwankendem Licht erscheinen.* Nehmen wir um des lieben Friedens willen an, die betreffenden Erfindungen seien gemacht und harrten bloß der Einführung in die Wirtschaft.

Bevor wir uns aber dem speziellen Problem der sozia-

* Auch der neue synthetische Brennstoff müßte auf die in der Natur vorhandenen Rohstoffquellen zurückgreifen. Außer Kohle, Petrol und Holz sind auf der Erde keine brennbaren Stoffe aufzutreiben. Die Erfindung eines «synthetischen» Brennstoffes als Ersatz der Kohle dürfte noch «längere» Zeit auf sich warten lassen.

listischen Rationalisierung zuwenden, möchten wir Frau Dr. G. vollkommen zustimmen,

«daß die Rationalisierung nicht gestern und nicht vor zehn Jahren erfunden wurde, sondern in ihrem Wesen durchaus identisch ist mit dem, was wir früher bescheidener und gemeinverständlicher «technischer Fortschritt» nannten. Nur daß der Schwerpunkt der Vervollkommnung des Wirtschaftsprozesses in den letzten Jahrzehnten vielleicht mehr auf die Arbeits- und Organisationsmethoden gelegt wurde, während früher der sachliche Faktor, die eigentliche technische Erfindung usw. im Zentrum stand.»

Marx verwendet im «Kapital» meistens den Ausdruck Steigerung der Produktivität der Arbeit. Es ist ein altes Problem der Wirtschaftstheorie, welches wir hier besprechen. Aber gerade Marx zeigte im 1. Bande des «Kapitals» (Seite 403, 7. Auflage), wie der technische Fortschritt immer wieder Arbeiter freisetzt. In der offenen kapitalistischen Wirtschaft (der historische Kapitalismus ist immer offener Kapitalismus gewesen) ermöglicht der Export die Resorption der durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeiter. In der geschlossenen kapitalistischen Gesellschaft aber wird — wie Rosa Luxemburg im «Akkumulationsprozeß des Kapitals» gezeigt hat — das Profitstreben zu einer absoluten Fessel des technischen Fortschrittes, tritt jener Zustand ein, da sich jeder technische Fortschritt bloß in eine Steigerung des Luxuskonsums der Kapitalistenklasse umsetzt. Wenn auch die Rationalisierung die Preise senken kann, so doch nur in offener Wirtschaft, weil in geschlossener, autarker Wirtschaft das Motiv des Kampfes um die Erweiterung des Absatzes wegfällt und die Ersparnisse durch Rationalisierung als Extraprofite in die Taschen der kapitalistischen Unternehmer fließen. Einzig durch durchgreifende wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie Arbeitslosenversicherung, gewerkschaftliche Organisation des Arbeitsmarktes usw., könnte es in der geschlossenen kapitalistischen Wirtschaft gelingen, wenigstens einen Teil der Rationalisierungsquote der Arbeiterschaft zuzuhalten. Damit ist aber auch schon der Uebergang zum Sozialismus vorbereitet.

In der kapitalistischen Wirtschaft wirken sich Krise und Arbeitslosigkeit als blindwütende Naturgesetze aus. Durch Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitreduktionen versucht der Unternehmer die Lasten der Krise auf das lebendige Kapital abzuwälzen. Gerade in der Zeit der Depression wird rationalisiert. Dadurch werden immer wieder Arbeiter brotlos, bleibt der Arbeitslohn gedrückt. Frau Dr. G. befindet sich in einem Irrtum, wenn sie glaubt, die kapitalistischen Krisen seien Rationalisierungskrisen. Die Rationalisierung schafft wohl Arbeitslosigkeit, aber die Rationalisierung erzeugt nicht die Krise. Die Krise folgt zeitlich der Hochkonjunktur. Es ist eine wichtige wirtschaftshistorische Tatsache (siehe u. a. Tugan-

Baranowsky: «Geschichte und Theorie der englischen Handelskrisen»), daß während des Aufschwunges der Konjunkturbewegung nicht oder nur wenig rationalisiert wird. Während des Aufschwunges wird die Produktion erweitert. Es wird akkumuliert. Rationalisiert wird in der Depression. Die Rationalisierung kann also gar nicht unmittelbare Ursache der Krise sein, höchstens eine vorbereitende Ursache. Die Polemik von Frau Dr. G., welche den Sozialismus als nicht krisensicher bezeichnen will, trifft schon aus diesem Grunde ins Leere.

Die Ursache der kapitalistischen Krise ist nicht in der Rationalisierung zu suchen — ist von uns auch nie darin gesucht worden —, sie ist nur zu finden im Profitstreben und in den Verwertungsbedingungen des Kapitals. Während des Aufschwunges der Konjunkturbewegung treten Verschiebungen der Proportionalität der Produktionszweige ein, welche zur Senkung der Profitrate, zur Ueberfüllung der Warenzirkulation mit kapitalistisch produzierten Waren führen, so daß Krise und Preissturz unvermeidlich werden.*

Soviel als Einleitung! Wir kehren zu unseren Beispielen zurück. Also, was geschieht, wenn Herr X. seine 50prozentige Erfindung macht? Was unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems passiert, wissen wir alle. Herr X. nimmt ein Patent. Er verkauft sein Patent so teuer als möglich. Der oder die Unternehmer, welche das Patent gekauft haben, werfen dank dem Mechanismus des kapitalistischen Konkurrenzkampfes eine entsprechende Zahl von Arbeitern auf die Straße. Diese Arbeiter müssen sich neue Arbeit suchen. Finden sie keine Arbeit, so zahlt die Arbeitslosenfürsorge, eventuell die Armenpflege eine Unterstützung aus. Das Elend der Arbeitslosigkeit ist oft genug geschildert worden.** Es genügt, wenn wir auf diese Schilderungen aufmerksam machen.

Das Patent wird vielleicht ziemlich teuer bezahlt worden sein. Denn es handelt sich ja um eine 50prozentige Erfindung. Dennoch werden auch unsere Unternehmer Extraprofit erzielen. Sonst hätten sie das Patent nicht gekauft. Sie realisieren Patentrente. Der Preis des betreffenden Massenproduktes wird nur unwesentlich sinken, solange die Schutzfrist des Patentes läuft. Weshalb sollten die Unternehmer auch so dumm sein, billiger zu verkaufen, als sie unbedingt müssen? Mit dem Vorteil der Verbilligung der Produktion ist es also nicht so weit her. Erst nach 15 Jahren, wenn das Patent abgelaufen, wird sich die Rationalisierung in gesenkten Preisen auswirken können.

---

* Näheres siehe u. a. im entsprechenden Abschnitt des «Finanzkapitals», von Hilferding, Seite 297 ff.

** Z. B. Engels: Lage der arbeitenden Klasse in England. Marx: «Kapital», 1. Band, S. 350 ff. Tugan Baranowsky: Englische Handelskrisen.

Wer zieht nun einen ökonomischen Vorteil aus dieser «kapitalistischen» Rationalisierung? Einmal Ingenieur X. Dann die Herren Unternehmer. Sie verdienen außer dem Durchschnittsprofit noch Patentrente. Und die Konsumenten? Diese zahlen vielleicht etwas billigere Preise, aber auf keinen Fall so billige Preise, als der «Ersparnis» an 20,000 Arbeitern entsprechen würde. Gleichzeitig zieht diese Art der Rationalisierung mehrfache Nachteile nach sich. Finden die Arbeiter keine Arbeit, so hungern sie. Eventuell muß sie der Staat unterstützen. Die Kosten der Rationalisierung bezahlen im Kapitalismus die Arbeiter und der Staat! Wir sehen, die kapitalistische Rationalisierung wirkt sich herrlich aus auf dem Papier, ist aber «profitlich» in der Realität.

Stellen wir dieser Art der Rationalisierung die Rationalisierung im Sozialismus gegenüber. Herr X. meldet seine Erfindung beim Patentamt an. Er wird dafür angemessen entschädigt. Der Staat führt die Erfindung in seinen Staatsfabriken ein. (Wir folgen hier dem Gedankengang von Fr. Dr. G., wenn wir auch im reinen Staatssozialismus nicht die kommende Form des Sozialismus sehen.) 20,000 Arbeiter werden «frei». Da die Produktionskosten des betreffenden Produktes nicht mehr $c + v$, sondern bloß noch $c + \frac{1}{2}v$, der Produktionspreis aber auf gleicher Höhe bleibt, wird der Profit des Unternehmens steigen um $\frac{1}{2}v$, d. h. um die theoretisch «eingesparte» Lohnsumme. Der Staat ist also in der Lage, aus diesem Ueberschuß — bei gleichbleibenden Preisen — die 20,000 Arbeiter wie bis anhin zu entlöhnen. Man wird diese Arbeiter nicht arbeitslos machen, man wird sie vielleicht umschulen oder für den Straßenbau, für öffentliche Bauten u. a. verwenden. Bis diese Umstellung beendet, wird das betreffende Massenprodukt zum bisherigen, eventuell einem etwas niedrigeren Preise zu verkaufen sein. Ist die Umstellung des Arbeiterbedarfes gelungen, so wird der Preis des betreffenden Produktes auf das den neuen Produktionskosten entsprechende Maß reduziert werden. Eventuell können die 20,000 Arbeiter auch derart auf andere Produktionszweige aufgeteilt werden, daß eine *allgemeine* Arbeitszeitreduktion möglich wird. Auf alle Fälle bieten sich dem Sozialismus mannigfache Möglichkeiten, die Rationalisierung im Interesse der Arbeiter und des Gesellschaftsganzen durchzuführen. Denn Sozialismus bedeutet als Arbeiterpolitik vor allem Bedarfdeckungswirtschaft. Dadurch, daß die Kaufkraft der 20,000 Arbeiter nicht vermindert wird — wie dies unter der kapitalistischen Wirtschaft immer unvermeidliche Folge —, wird der Massenkonsum gestärkt, bleibt der inländische Warenumsatz auf der gleichen Höhe.

Wer zieht aus dieser sozialistischen Rationalisierung einen Vorteil? Einmal Herr X., dann die Arbeiter der betreffenden

Fabriken, welche nicht brotlos werden, schließlich die ganze Gesellschaft und der Staat in Form einer Arbeitszeitverkürzung und einer Senkung der Preise.

Vergleichen wir zum Ueberdruß noch die kapitalistische Rationalisierung des Brennstoffwesens mit der sozialistischen Rationalisierung. Es werde als «Ersatz» der Kohle ein synthetischer Brennstoff entdeckt. Erfinder sei Herr Y. Unterm Kapitalismus sehen wir ein ähnliches Bild wie oben. Patent! Verkauf des Patentes! Riesige Betriebe entstehen. Gründungsfieber! In schwerem Preiskampf wird die Kohle wenigstens zum Teil aus dem Markt geworfen. (Völliger Ersatz der Kohle ist eine unhaltbare Konstruktion!) Kohlengruben mit allzu hoher Grundrente und zu hohen Produktionskosten müssen geschlossen werden. Die Grubenarbeiter feiern. Das bekannte Bild des kapitalistischen Elendes! Eventuell bricht ein Grubenarbeiterstreik aus.

Im Sozialismus aber hat das Schicksal der Arbeiter der verdrängten Staatskohlengruben mit nichten «verzweifelte Aehnlichkeit mit jenem der Bergarbeiter aus der bösen kapitalistischen Aera», was wohl nicht mehr näher zu begründen ist. Es scheint uns doch ein ganz wesentlicher Unterschied zu sein, auch wenn große Arbeitermassen umgestellt werden müssen, ob die Arbeiter hungern, ihre Arbeitskraft nutzlos brachliegt, oder ob sie essen und nützliche Arbeit verrichten können.

Frau Dr. G. ist einem einfachen, aber charakteristischen, logischen Irrtum zum Opfer gefallen, welcher für die Denkweise so vieler bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler kennzeichnend ist. Um nicht die Notwendigkeit und die Möglichkeit des Umschlages des Kapitalismus in den Sozialismus zugestehen zu müssen, vermengen diese bürgerlichen Vertreter der Wirtschaftswissenschaft *allgemeine* Bedingungen des Wirtschaftslebens mit den *spezifisch historischen* Formen, in denen sich dieses Wirtschaftsleben unter dem Kapitalismus abspielt. Sicherlich hat die sozialistische Rationalisierung gewisse Züge mit der kapitalistischen Rationalisierung gemein: es müssen die sozialistischen Arbeiter umgeschult, umgesiedelt, staatlich unterstützt werden. Aber im kapitalistischen Wirtschaftssystem sind der Abschwächung der Folgen der Rationalisierung durch das Profitstreben unüberwindliche Schranken gesetzt. Allgemeiner Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Preissenkungen der Güter des Massenkonsums, Wegsteuerung der Uebergewinne aus Kartell- und Monopolrenten sind wohl im Rahmen liberaler Wirtschaftstheorie *denkbar*, nicht aber realisierbar im Rahmen kapitalistischer Wirtschaft. Zwangsläufig müssen der Ausbau der Arbeitslosenversicherung, die Rationalisierung des Arbeitsmarktes und die andern wirtschaftspolitschen Maßnahmen zur sozialen Umwälzung führen, weil diese Maßnahmen letzten Endes nur wirksam sein können, soweit der

Profit zugunsten des Arbeitslohnes beschnitten wird (Finanzierungsproblem!).

Die bürgerliche Wirtschaftstheorie befindet sich in einer Sackgasse. Das was Frau Dr. G. als «von sozialem Verständnis getragene Forderungen der bürgerlichen Wissenschaft» bezeichnet, ist — insofern diese Forderungen ernsthaft gemeint sind — nichts anderes als Sozialismus, denn es ist Arbeiterpolitik. Es kommt nicht auf die Etikettierung an. Wichtig sind nur die praktischen Konsequenzen. Und diese zielen in der Richtung des Sozialismus. Es freut uns, daß Frau Dr. G., die begabte Wirtschaftsredaktorin des führenden bürgerlichen Blattes der Schweiz, die Berechtigung so wesentlicher sozialistischer Forderungen anerkennen muß, beweist doch diese Tatsache, daß in die Mauer der bürgerlichen Ideologie eine wichtige Bresche gehauen wurde. Es ist immer ein Zeichen der sozialen Reife einer wirtschaftspolitischen Forderung, wenn sie als *Selbstverständlichkeit* empfunden wird. So wurde der Achtstundentag Gesetz, als er für das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein zur Selbstverständlichkeit wurde. So werden auch noch viele andere sozialistische Forderungen und «Illusionen» dereinst bloß noch — Selbstverständlichkeiten sein.

Die Tarifverträge im Deutschen Reiche.

Von *Anton Proksch.*

Ein für den Gewerkschafter ebenso wichtiges Gebiet wie die Berufsstatistik ist die Statistik des **Tarif- oder Kollektivvertragswesens.** Was es in der Schweiz auf diesem Gebiete an amtlichem Material gibt, ist nur allzu ärmlich. Das Deutsche Reich hingegen leistet auch da Mustergültiges. So ist vor wenigen Wochen als 43. Sonderheft zum «Reichsarbeitsblatt» über den Stand der Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1927 Bericht erstattet worden. Nachstehend seien die wichtigsten Zahlen aus der Aufstellung wiedergegeben:

Stand von	Zahl der Tarifverträge	für Betriebe	mit beschäftigten Personen
Ende 1913	10,885	143,088	1,398,597
« 1916	9,435	104,179	740,074
« 1918	7,819	107,503	1,127,690
« 1922	10,768	890,237	14,261,106
1. Januar 1925	7,099	785,945	11,904,159
1. « 1926	7,533	788,755	11,140,521
1. « 1927	7,490	807,300	10,970,120

In den letzten drei Jahren verteilten sich die Tarifverträge auf die Gruppen der Arbeiter und Angestellten, getrennt nach Geschlechtern:

		Arbeiter	Angestellte	Zusammen
1. Januar 1925	männlich	7,624,792	1,319,878	8,944,670
	weiblich	2,445,472	514,017	2,959,489
1. Januar 1926	männlich	7,092,541	1,169,098	8,261,639
	weiblich	2,366,243	512,639	2,878,882
1. Januar 1927	männlich	7,090,113	1,153,379	8,243,492
	weiblich	2,225,671	500,957	2,726,628